

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 8 Mill. M.

Bezugspreis für die Woche vom 8. 10. — 13. 10. 1923
25 Mill. Papiermark frei, oder 5 Goldpf. Postbezugspreis
für Oktober: Grundpr. 12.000 M., Schlusssatz frei. An-
zeigen: d. 4. gelb. Seite 15 Goldpf., Reklamensätze 20 Goldpf.
zahlbar in Papiermark nach dem Stande des Dollars am Vorabend
des Abgabetermins. 1 Dollar = 5,20 M. — Abonnements- und
Anzeigenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 238

Donnerstag, den 11. Oktober 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2948
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290.

Rettung vor dem Chaos!

Die arbeitende Bevölkerung steht vor dem Nichts. In Deutschland sowohl als auch in Danzig, das noch immer durch die Währungsnotlage mit dem Reich auch all das Elend überkommen muß, das über das deutsche Volk kommt. Trotzdem wir seit Jahren den Abstieg der deutschen Mark miterlebt haben, ist es in den letzten Tagen in rasendem Tempo abwärts gegangen, von dem sich vor wenigen Tagen selbst der kühnste Phantast keine Vorstellung machen konnte.

Mit Klagen allein ist es ebenso wenig getan wie mit fatalistischer Ergebenheit oder mit blinder Wut. Dreifachlagen. Darum gilt es, noch einmal den Ursachen dieser neuen Markkatastrophe nachzugehen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Dieser neue ungeheure Sturz der deutschen Mark ist ausschließlich das Werk der deutschen Großkapitalisten, die in verbrecherischem Egoismus in der vorigen Woche im Reich eine Regierungskrise vom Zaun brachen, um den ihnen verhassten sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Hilferding zu beseitigen und der Arbeiterkraft den Gehirntod aufzuzwingen. Und das Werk ist ihnen teilweise geglückt. Hilferding ist ausgeschifft und ein Vertrauensmann der Großindustrie wieder Reichsfinanzminister. Und fort ging die Mark rasend abwärts. Das war eben der Zweck der Regierungskrise gewesen, weil Stinnes und Konsorten sich die fetten Valutageschäfte nicht wollten entgehen lassen.

Die Danziger Arbeiterkraft muß das eine bedenken, daß die bürgerlichen Parteien Danzigs und die bürgerliche Presse, insbesondere die „Danziger Neuesten Nachrichten“, dieses schandwürdige Vorgehen der deutschen Großindustrie mit unterstützt haben. Das Fuchssblatt machte die Hebe gegen Hilferding mit, dessen scharfe Finanzpläne gegen das Großkapital immerhin eine gewisse Stabilität herbeigeführt hätten. Das Stinnes-Fuchss-Organ machte auch die Hebe gegen den Achtstundentag mit und stellte es so dar, als ob durch seine Beseitigung eine ungeheure Produktionssteigerung einleiten würde, trotzdem im Reich immer mehr Betriebe stillgelegt und immer weitere Industrien zur Arbeit einstillen. Dieses Sündenregister der bürgerlichen Parteien Danzigs und ihrer Presse darf nicht vergessen werden, wenn in den nächsten Tagen das Chaos über uns hereinbrechen sollte. Und die große Schuld des Bürgerblocks und seines Senats ist es, daß er jahrelang das Danziger Währungsproblem verzögert hat, sei es aus einer völlig verkehrten Deutschumpolitik oder sei es (und das war der Hauptgrund) um den Danziger Kapitalisten ihre ungeheuren Gewinne zu ermöglichen, die sich durch den Verkauf ihrer Waren in Edelvaluten und die Entlohnung ihrer Arbeiter in Papiermark ergaben. Die Sozialdemokratie hat schon eine Währungsreform gefordert, als es noch Zeit war. Immer hat sie damals den tauben Ohren des Bürgerblocks und seines Senats gepredigt, die sich zu keiner aktiven Währungspolitik rechtzeitig aufrufen konnten. Diese schwere Schuld des Bürgerblocks dürfen die Arbeiter und Beamten, die Kleinrentner und Hausfrauen nicht vergessen, wenn sie am nächsten Sonntag die Papiermilliarden in der Hand herumrehen werden, für die sie sich nicht einmal einen Tag sättigen können, geschweige denn eine ganze Woche.

Die Enttäuschung wird morgen ungeheuer groß sein, wenn der Mann den Wochenverdienst nach Hause bringen wird. Das Lohnabkommen vom 11. August, gegen das die Unternehmer Sturm liefen, weil es angeblich für die Arbeiterkraft zu günstig sei, ist durch die Verhältnisse völlig überholt. Was soll es bedeuten, wenn z. B. ein Maurer, der noch immer zu den bestbezahlten Arbeiterkategorien gehört, seinen am Freitag zur Auszahlung kommenden Wochenlohn nach einem Lohnsteigen von 5,3 Millionen berechnet erhält, während der Valutapfennig bereits heute auf 16 Millionen zu stehen kommen dürfte. Das bedeutet, daß der Arbeiter statt der 12 Goldmark Wochenlohn, die dem Abkommen vom 11. August zugrunde lagen, nur noch einen Dollar Wochenlohn morgen erhält. Mit solcher Entlohnung aber können sich die Arbeiter nicht zufrieden geben, trotzdem sie die Kunst des Hungerns in den letzten Jahren wahrlich genug gekostet haben. Die Entlohnung der Arbeiterkraft am Freitag mit der deutschen Papiermark wird zu einem offenen Betrug.

Die Agrarier haben sich längst von der Reichsmark abgewandt. Mit zynischer Offenheit erklärte noch vor einigen Tagen im Deutschen Reichstag der Führer der Konservativen, Graf Westarp, daß die Scheunen der Agrarier gefüllt seien, daß sie aber gegen Papiermark nichts an die hungernden Stadtbewohner abgeben. Nach diesem Rezept des deutschnationalen Agrarierführers handeln die Danziger Agrarier schon seit langer Zeit. Die Arbeiterkraft kann sich daher in Zukunft nicht mehr mit der Papiermark abgeben lassen. Natürlich ist es nicht damit getan, daß statt der Dollars in Papiermilliarden am Freitag ein Dollar in Industriewecks gezahlt wird, sondern es ist notwendig, daß das ganze Lohnsystem auf reine Goldbasis umgestellt wird. Im Danziger graphischen Gewerbe ist das be-

reits geschehen. Trotzdem dieses Gewerbe heute sicherlich nicht von der Konjunktur begünstigt ist, erhalten die Buchdrucker in Danzig jetzt einen Wochenlohn von 6 Dollar. Was hier möglich war, muß in anderen Branchen erst recht möglich sein.

Vor allem aber ist notwendig, daß umgehend die Danziger Zwischengewährung eingeführt wird. Jeder Tag Verzögerung ist ein Schritt weiter zum Abgrund. Und notwendig ist, daß mit der Einführung des Zwischengewährung auch das ganze Lohn- und Wirtschaftssystem auf die neue Grundlage umgestellt wird.

Wir haben die Katastrophe vorausgesehen, rechtzeitig gewarnt und Vorschläge gemacht. Aber der Bürgerblock ist immer über uns hinweggeschritten und war nur darauf bedacht, den Kapitalisten den ungemeinsten Profit zuzuführen. Er allein trägt die Schuld an dem Unglück, das über die Danziger Bevölkerung hereinbrochen ist. Mögen das alle diejenigen bedenken, die in den nächsten Tagen mit ihren Milliarden ratlos vor dem Nichts stehen werden. Auch jetzt noch, eine Minute vor zwölf, verhandelt der Senat, statt zu handeln. Wahrlich, diese Gesellschaft von Unfähigkeit und Vornehmheit und kapitalistischem Egoismus ist wert, am 18. November vom Volkszorn samt und sonders fortgeschickt zu werden.

Keine direkten Verhandlungen mit Deutschland.

In einer von Savas veröffentlichten offenbar halbamtlichen Erklärung heißt es: Die deutsche Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel einen neuen Schritt bei der französischen und belgischen Regierung unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit mit be-

festen Gebiet teilzunehmen. Das ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört habe. Die alliierten Regierungen wollen diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Besetzung organisiert hätten; aber sie sind bereit, direkt mit den örtlichen Behörden oder den örtlichen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit hinauszuziehen. Sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollendet sein wird, steht es dem Reichskanzler freiest, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absicht bekanntzugeben und zu verlangen, über die künftigen Verhandlungen der Reparationskommission gehört zu werden.

Frankreichs Arbeiterkraft für Verhandlungen.

Der Nationalrat des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes lehnte fast einstimmig den Vorschlag, sich mit den Gewerkschaften Moskauer Richtung zu vereinigen, ab. Bei der Besichtigung mit der internationalen Lage nahm er eine Resolution an, in der die dringende Notwendigkeit betont wird, dem Konflikt ein Ende zu bereiten, der durch das Ruhrabenteuer entstanden ist. In dem Augenblick, in dem Deutschland durch Zurückziehung der ministeriellen Erlasse das Ende des passiven Widerstandes angeordnet habe, sei es notwendig, die Beendigung der militärischen Besetzung zu verlangen. Die Resolution verlangt schließlich sofortige Einleitung von Verhandlungen.

Die Politik der polnischen Reaktion.

Exposé des polnischen Ministerpräsidenten.

Ganz plötzlich und unerwartet trat gestern der polnische Ministerpräsident Pilsudski mit einem ausführlichen Exposé über die gesamte politische Lage vor das Parlament. Er schnitt in seinen Ausführungen jede einzelne Frage der inneren und äußeren Politik an, wobei er von lebhaften Zwischenrufen der Opposition unterbrochen wurde. Im ganzen war das Exposé jedoch matt und hinterließ keinen Eindruck; denn der Ministerpräsident ging nicht auf die einzelnen Angriffe der Opposition ein, sondern er begnügte sich damit, auf das schwarze Gegenwartsbild ein rosiges Zukunftsbild zu setzen. Er schilderte die Aussichten für Industrie und Handel günstig. Ebenso, meinte er, läge es auf landwirtschaftlichem Gebiet. Gegen die Forderung wurde die Regierung energisch vorgehen, d. h. sie werde vor allem die Spekulation bekämpfen. Die Lage sei zwar schwierig, aber nicht verzweifelt. Das Schlimme sei eben, daß der polnische Staat von Kredit leben und den Bürgern ungeheure Steuern auferlegen müsse. Die zweite Schwierigkeit bestehe darin, daß der Kampf zwischen den politischen Gruppen sich immer mehr verzerrte.

Außenpolitisch, meinte der Ministerpräsident, stehe alles günstig. Die Politik gegenüber dem Osten sei friedlich, die Lösung der Memellfrage werde gute Nachbarschaft zwischen Litauen und Polen schaffen usw. Gegenüber dem Westen, die Verhältnisse von Grund aus geändert, nur könne man noch nicht beurteilen, ob die Politik der Freien Stadt sich in Zukunft der besser Entscheidung anzupassen wüßte. Natürlich fehlt auch nicht in der Rede ein Seitenhieb gegen die nationalen Minderheiten. Die nationalen Minderheiten erfreuten sich in Polen „vollkommener Freiheit und des Schutzes der Regierung“. Deshalb wäre die Klage, die gewisse Kreise der Minderheiten vor dem Senats Tribunal erhoben hätten, falsch.

Auf praktische Fragen ging der Präsident überhaupt nicht ein, sondern schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, daß der polnische Staat unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen doch die Gewissheit habe, daß er siegen werde und sich auf dem Wege des Aufstieges befinde. Diese Hoffnung scheinen, nach dem Befall zu urteilen, doch die meisten Abgeordneten nicht zu teilen.

Amerikanische Finanzhilfe für Deutschland.

Die Berliner Blätter erfahren, wiegen die Aussichten auf einen amerikanischen Kredit an Deutschland sich jetzt günstiger gehalten zu haben. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß bereits ein bis ins einzelne ausgearbeiteter amerikanischer Plan vorliegt. Nach einer weiteren Information sollen die Bedingungen, unter denen der einen erheblichen Betrag erzielende Kredit gewährt werden soll, durchaus günstig sein. Die amerikanischen Geldgeber seien ein ad hoc gebildetes Bankentoratorium. Die amerikanische Finanzhilfe solle nicht als Reparationsanleihe angesehen

werden, sondern der Beteiligung an der künftigen Währungsreform dienen, wobei es sich nicht um die die Reichsmark emittierende Bank, sondern um die Goldwährungsreform handeln solle, als welche die Reichsbank in Aussicht genommen sei. Durchaus denkbar werde wahrscheinlich sein, daß die Reichsbank bereits in absehbarer Zeit einen Teil der amerikanischen Kredite erhalte.

Der Aufruf der Reichstagsfraktion.

Nachstehend bringen wir den Aufruf, den die Reichstagsfraktion an die Genossen im Reich richtete und der auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte, weil er am besten über die politischen Verhältnisse im Reich unterrichtet.

Die Krise, die durch die reaktionären Vorstöße gegen den Fortbestand der großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Grades der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Ruhr-Diktatur in Bayern beharrte alle reaktionären Kreise in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. Anstelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterstützung Bayerns durch eine reichsgerichtete Reichsregierung; anstelle einer dem wirtlichen Stärkeverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verhassten Nationalismus in den Dienst ihrer reaktionären Bestrebungen zu stellen und um zugleich die Deutschlandspartei unter der Sozialdemokratie zur Teilhabe an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Bunde mit der Großlandwirtschaft diese geschoffene Situation dazu ausnützen, alle sozialpolitischen Fortschritte der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Rechte der Zwangsarbeit zu beseitigen. Ein großangelegter Reichsputsch war im Gange, die Ausschaltung des Parlamentarismus, die Aufrichtung einer Reichsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Geleitet war die Aktion von den Schwerindustriellen Vertretern in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Stegerworts steht.

Der parlamentarische Fortschritt wurde beiseite mit unterdrückt durch Putschversuche außerhalb des Parlamentarismus. Die Ereignisse von August waren nur eine Teilerlebnis einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewalttätigen Wegen die Reichsdiktatur zu erreichen suchte.

Angesichts dieser Tatsachen mußte die Politik der Fraktion entschieden werden. Eine waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundfeste des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Verletzung gewesen, die weder die Partei noch die Gewerkschaften hätten verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterkraft abgewehrt werden könne. Ein Teil der Fraktion ging bei seiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Putsch der Deutschen Volkspartei, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat der Schwerindustrie zu heugen, mehr als ein zufälliges Parteimißverhältnis sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den vorausgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angeforderten Maßnahmen

Aufstieg der Filmproduktion. Eine volkswirtschaftlich hochinteressante Statistik macht die „Lichtbildbühne“. Danach ist die deutsche Filmproduktion von 1922 um 60 Prozent (an Meterzahl zentrierter Filme) gegen das Vorjahr 1921 zurückgegangen, die Anzahl der fabrizierenden Firmen um 302 (von 555); nur 98 Firmen haben außer den restierenden 252 Gärtnern 1922 die Fabrikation neu aufgenommen! Allerdings registriert sich diese betrüblichen Zahlen, wenn man die dazu gegebenen Erläuterungen berücksichtigt. Die deutsche Filmindustrie hat sich gerade in dieser Zeit von der Massenproduktion geringwertiger, in wenigen Wochen zusammengehefteter Filme auf die Herstellung weniger, aber erstklassiger, in der ganzen Welt anerkannter Meisterwerke umgestellt. Dadurch ist natürlich die rohe Meterzahl erheblich heruntergerückt, der Exportwert aber beträchtlich gesteigert, so daß der Verlust dadurch ziemlich ausgeglichen sein dürfte.

Die **Neuerhener Agrarier**. Die **Sonderabgabe** von Handel, Industrie und Landwirtschaft nach dem Gesetz vom 12. September 1928 soll nach der Begründung der Enatsvorlage so verteilt werden, daß Handel und Industrie einerseits, die Landwirtschaft andererseits je zur Hälfte belastet werden. Nun soll aber die Umlage so verteilt worden sein, daß die Landwirtschaft nur ein Drittel zu tragen hat. Die Deutsche Partei fordert deshalb vom Senat Darlegung des Zahlenmaterials, und Auskunft darüber, ob bei der Erhebung der Abgabe der obige Grundsatz der gleichmäßigen Belastung durchgeführt wird?

„Ich bin zufrieden mit einem langen, herrlichen 90,1 an-
statt 6000 Schritte ein Duzend!“
(Beifall)

[illegible]

Eine selbständige Angestelltenversicherung.

Der Volkstag übergab in seiner gestrigen Sitzung zunächst einige Gesetzentwürfe den ausländischen Ausschüssen, und zwar die Gesetzentwürfe betr. Zwangsabkündigung der Familienmitglieder, über Abänderung des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, zur Entlastung der Gerichte, über Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen und Bekämpfung der Wechselkurse.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Versammlungsfreiheit wurde gegen die Stimmen der Deutschen, Nationalen und der deutschparteilichen Abg. Kersch und Kerschowski endgültig abgelehnt. Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, dem deutschnationalen Antrag auf Beilegung des Vorkaufsrechts der Gemeinden bei Grundstücksverkäufen, ergab sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses.

Nach kurzer Unterbrechung trat das Haus erneut zusammen und beschloß in 2. und 3. Lesung eine

Änderung des Hinrichtungsrechts.

Seit dem Jahre 1921 beschäftigte sich der Verfassungsausschuß des Volkstages mit einem Antrag auf

Verstaatlichung der Kleinbahn.

Der Ausschuß gab damals dem Senat die Anregung, die im Besitz des preussischen Staates, der Provinz Westpreußen und des Kreises Marienburg befindlichen Aktien der Kleinbahn aufzukaufen, um so einen Einfluß auf die Betriebsführung des Unternehmens zu erhalten. Der Senat hat dieser Anregung nicht Folge gegeben. Der Ausschuß empfahl deshalb, den Antrag auf Verstaatlichung der Kleinbahn abzulehnen, was auch geschah. Angenommen wurde dagegen eine Entschädigung, in der der Senat erfuhr, daß mit der Betriebsführung der Kleinbahn in Verhandlungen zu treten mit dem Ziele, den Betrieb der Kleinbahn unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck die erforderlichen Mittel herbeizuschaffen; ferner wird der Senat ersucht, den Ausbau eines Gleises von der Kleinbahnstrecke zur Staatsbahn vorzunehmen, und zwar auf beiden Seiten der Weichsel.

Die Errichtung einer freikauflichen Angestelltenversicherung stand alsdann zur Beschlussfassung. Abg. Ruhn (D. P.) führte in seinem Bericht über die Ausführenden Verhandlungen aus, daß die Einführung einer eigenen Versicherung untunlich mache. Die im Ausschuß von der linken geforderte Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung sei vom Senat und den bürgerlichen Parteien entschieden abgelehnt worden. Auch für eine Anlehnung an die Krankenkasse habe sich keine Mehrheit gefunden. Bedacht bezüglich der Einziehung der Beiträge und der Kontrollen solle mit den anderen Versicherungen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet werden. Die Mehrheit des Ausschusses habe sich für eine selbständige Angestelltenversicherung entschieden. Da etwa 15.000 Versicherte in Frage kämen, sei die Anzahl lebensfähig. Die Möglichkeit der Versicherung in Ortsklassen und der Halbjährversicherung sei beibehalten worden. Beiträge und Leistungen würden, nach allem Recht erhoben, die Anträge

der Linken, diese in Goldmark festzusetzen, hätten keine Mehrheit gefunden.

Verstaatlichung sämtlicher Sozialversicherungen

forzierte Abg. Gen. Gebauer. Er wies darauf hin, daß nicht nur die Einführung einer eigenen Versicherung die Ursache des vorliegenden Gesetzes sei, sondern die Reichsversicherungsanstalt habe auf eine Trennung gedrängt. Das gleiche sei auch bei der Unfall- und Invalidenversicherung der Fall. Die freikaufliche Sozialversicherung stehe bald ganz auf eigenen Füßen; bei unseren kleinen Verhältnissen sei der Luxus einer Verschmelzung nicht angebracht. Alle sozialen Versicherungen einschließlich Arbeitslosenversicherung müßten zusammengefaßt werden. Dieser Plan sei bei dem Senat und den bürgerlichen Parteien kein Verhängnis. Die Beitragsfähigkeit der selbständigen Angestelltenversicherung beurteile Redner sehr pessimistisch. Der größte Teil der Einnahmen werde für Verwaltungszwecke gebraucht werden. Schon heute seien die Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung in der Hauptsache auf die Notstandsunterstützung angewiesen. Die sozialdemokratische Fraktion beantrage deshalb, die Leistungen nach Goldmark festzusetzen. Eine monatliche Rente von 15 Goldmark könne man nicht als zu hoch bezeichnen. Weiter verlange sie, daß die Beiträge ausschließlich von den Arbeitgebern getragen werden, ohne daß an der Verwaltung etwas geändert werde. Weiter trat Redner für Neuwahlen in der Angestelltenversicherung ein.

Ohne weitere Aussprache wurde dann der Gesetzentwurf unverändert in 2. und 3. Lesung angenommen, nachdem die sozialdemokratischen Anträge auf Goldrente abgelehnt worden waren. Auch der Antrag auf Zahlung der Beiträge durch die Arbeitgeber wurde in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Auch bürgerliche Angestelltenvertreter stimmten dagegen.

Ergänzungen des Sonderheuergesetzes

für Handel und Industrie forderte ein deutschparteilicher Antrag, da die ursprüngliche Form des Gesetzes zu Härten geführt hat. Der Antrag wurde angenommen. Zugleich wurde beschloffen, den Kreis der Sonderheuerpflichtigen zu erweitern. Alle Personen, die im Jahre 1922 ein steuerbares Einkommen hatten, werden jetzt von dieser Steuer betroffen. Zugleich wurde die Möglichkeit einer Nachzahlung der Gewerbesteuer zur Veranlagung gegeben.

Zum Schluß der Sitzung wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der der Senat aufgefordert wird, dem Volkstag einen Gesetzentwurf zur Beilegung der Einwanderung ausländischer Arbeiter vorzulegen. Kommerzielle Arbeiter sollen jedoch davon nicht betroffen werden. Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch nächster Woche.

Genehmigungszwang für wertbeständige Schuldverschreibungen.

Zu den mannigfachen Mitteln, deren sich der Verkehr zum Schutze gegen die Schwankungen des Geldwertes bedient, gehören die neuerdings ausagabenden loananmen wertbeständigen Schuldverschreibungen. Bei ihnen ist die Höhe der geschuldeten Summe nicht durch Angabe eines festen Nennbetrages, sondern durch Bezeichnung eines Wertmaßes bestimmt, nach welchem der geschuldete Geldbetrag zu errechnen ist. Als Wertmaßstab kommt in erster Linie

Gold, Roggen und Kohle in Frage. Um nun den Umlauf unvolter Schuldverschreibungen zu verhindern und den Staatskredit vor den Gefahren zu schützen, die ihm aus einer Ueberflutung des Geldmarktes mit geldwerten Zahlungsmitteln erwachsen können, will der Senat die Vorschriften des § 706 des B.G.B. auf die Ausgabe verbriefter Schuldverschreibungen anwenden. Nach dieser Bestimmung dürfen im Inland ausgeteilte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Der Senat hat dem Volkstag einen dementsprechenden Gesetzentwurf zugehen lassen.

Die Stadt Danzig kauft die Radauener Wasserkraft.

Der Bezirksausschuß hat in seiner Sitzung am Mittwoch, den 10. d. Mts., über den Verleihungsantrag der Stadtgemeinde Danzig über Verleihung des Rechts zur Ausnutzung der Wasserkraft der Radauener auf der Strecke vom Unterwasser Pöschlin bis zum Oberwasser Straßmühl-Bräunlin verhandelt und der Stadt antragsgemäß das Recht verliehen, diese Wasserkraft nach dem ausliegenden Projekt auszubauen.

Damit ist ein jahrelanger Rechtsstreit zwischen Danzig und Schichau zugunsten der Stadt endgültig entschieden.

Eine großangelegte Steuerhinterziehung.

Die Steuerbehörde durch die Angaben eines Angestellten bei der polnischen Mineral- und Oelhandels-Gesellschaft „Polmin“ auf die Spur gekommen. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung der Geschäftsräume und eine eingehende Prüfung der Kassen- und Buchführung führte zur Aufdeckung größter Betrugsereien. Seit langer Zeit hat die Firma in die Steuerbücher der Angestellten falsche Eintragungen gemacht und dabei Beträge von etwa 600.000 Dollar unterschlagen. Der Führer der „Polmin“ ist der polnische Minister des Innern. Nähere Einzelheiten dürften sich aus dem Strafverfahren ergeben.

Mitgliedschafts-Reunion.

Vor einigen Tagen konnte ein Beamter der Schutzpolizei den Arbeiter Franz L., der mit nach drei Komplizen ein Raub-Verbrechen von dem Lagerplatz in der neuen Mollau geschloffen und sie mit einem Raub bis zum Gefängnis weitergeführt hatte, festnehmen und dem Polizeigefängnis zuführen. Den drei anderen beteiligten Personen gelang es zu entkommen. Die Reunion konnten der betroffenen Firma zurückerstatten werden.

Standesamt vom 11. Oktober 1923.

Todesfälle: S. des Arbeiters Paul Jablowski, 7 J. — Witwe Maria Veritas Varganow, 21 J. 3 M. — Angestellter Adalbert Krause, 72 J. 6 M. — Kaufmann Walter Hüb, 50 J. 1 M. — Rentnerepflinger Udo Wabler, 55 J. 9 M. — Gutachter Martin Fröbe, 62 J. — Unschuldig 1 Tochter.

Ämliche Bekanntmachungen.

Mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses für die Stadt Betriebe wird die fünftägige Zahlungsfrist für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsrechnungen mit Wirkung von Montag, den 15. d. Mts., ab aufgehoben. Für die Zahlung ist nur dann der Preis des Abrechnungstages gültig, wenn an den Erheber oder am Tage der Abrechnung an der Betriebskasse, hohe Seigen 37 gezahlt wird. Bei späterer Zahlung ist stets der am Zahlungstage gültige Preis zu entrichten. Die entsprechenden Preise werden in den Tageszeitungen veröffentlicht. Es wird wiederholt auf rechtzeitige vorherige Befassung von Guthaben hingewiesen. (10869)

Der Senat. Städt. Betriebsamt.

Deffentliche Steuermahnung.

Die am 10. d. Mts. fällig gewesenen Steuervorauszahlungen sowie die sonstigen rückständigen Steuern und Strafen sind bis zum 15. Oktober d. Js. einzahl. an die unterzeichneten Steuerkassen und die zur Annahme berechtigten Zahlstellen zu entrichten. Nach genanntem Tage treten die nach § 85 und 85a des Steuergrundgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. 6. 23 (Gef. Bl. S. 730) vorgesehenen Verzugsfolgen ein. Es wird darauf hingewiesen, daß trotz Einlegung von Rechtsmitteln insbesondere auch solcher gegen die Erhöhung der Einkommensteuervorauszahlungen Zahlung zu leisten ist.

Vom 17. Oktober ab werden die Rückstände kostenpflichtig beigetrieben. Bei Zuwendung auf bürgerlichem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abfinders und des Steuerjahres so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 17. Oktober d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit einzufenden sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 271 des Steuergrundgesetzes vom 11. Dezember 1922.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Rassensunden werktätlich von 8^{1/2} bis 1 Uhr vormittags.

Danzig, den 10. Oktober 1923. (10864)

Städtische und freistaatliche Steuerkassen.

Unvergleichbar verkaufte weit unter Preis!

Kein Laden, daher billigster Einkauf!

Herren- und Damen-Modell

Herren-Hosen besonders billig.

Auf Teilzahlung gebe alle Waren

und gewähre noch außerdem 10% Rabatt

Berliner Konfektions-Vertrieb

Altstädter Graben 109, 1 Tr. (am Holzmarkt)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, 11. Oktober, abds. 6^{1/2} Uhr:

Dauerkarten haben keine Gültigkeit!

Tannhäuser

oder:

Der Sängerkrieg auf der Wartburg

von Richard Wagner.

In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brischke.

Musikalische Leitung: Otto Seiberg.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 12. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie III. „Eine glückliche Ehe“. Lustspiel.

Sonnabend, 13. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Frühlings Erwachen“. Eine Kindertragödie.

Metropol-Lichtspiele

Dominikawall 12. 10823

Ein amerikanischer Großfilm:

Wenn der Sturm

verbraust!

Ein Drama von Sturm und Sturmesnot.

Der politische Teppich!

Eine Detektiv-Satire mit Max Landa.

Die Dollartante!

Lastspiel mit Michael Czernoff.

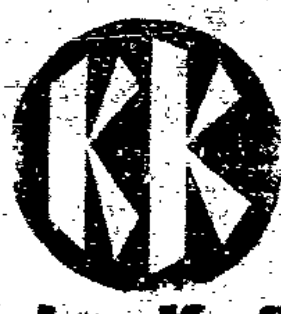
Bestgewählte, gediegene Musik.

Eröffnung! Schuh-Fabriklager „Express“

Verkauf an détail zu Engros-Preisen.

Spezialabteilung von Arbeiterschuh

Fleischergasse 74.



Kaffee Konietzko

Große Allee 10 (10871)

Seit 1. Oktober konzertiert der allgemein beliebte Kapellmeister Leo Orgon mit seinem ausgezeichneten Stimmungs-Orchester.

Abends 8 Uhr:

Gesellschafts-Reunion

(ausgelegter Parkettboden)

Jazzband-Orchester-Kapelle Orgon

Stimmung — Gesang — Tanz

Auf das eleganteste ausgestattete Likör-Öle.

Kein Weinzwang!

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe.

Herren-Anzüge, Schlüpfer, Hosen

Gummi-Mäntel

Wäsche, Unterhosen, Hemden

zu sehr billigen Preisen.

Hermann Meyer

10868 Breitgasse Nr. 117.

Steddinge

von Steddingen, Johannisbeeren, großfrüchtige Sorten, auf bewahrt. Preis, ein- und zweifach, verpackt. (10872)

Folkowaki, Sandgrube 52 b, 2 Tr.

Kaninchen, Dam, Wint, Mamel, Deben u. Sch, zu verkaufen. Anblick, Schillinge 17. Befest, nur nach 6 Uhr. (10873)

2 Fensterparhären

find zu verkaufen. Stück 3 Dollar. Befestigung von 4 Uhr nachm. (10874)

Am Stiege 4, 2 Tr.

Tausche

3-Zimmerwohn. Jakobswall 99, 91. im Innern der Stadt. Offerten unter V. 1824 an die Exped. d. Volksstimme. (10875)

2 Zimmer, Küche, Entree, Kammer u. Zubehör gegen 3 bis 4 Zimmer bei entsprechender Vergütung zu tauschen gesucht. Angebot unter V. 1825 an die Exped. d. Volksstimme. (10876)

Jungen, helles Ehepaar (Freiwilligkeitsarbeit) sucht möbliertes Zimmer. (10877)

mit 2 Personen in Danzig. Eig. Bett, Küche, Bad, Wäsche in Dollar. Offerten unter V. 1826 an die Exped. d. Volksstimme. (10878)

Melterer, erfähr. Maurerpoller

(gestützt auf gute Zeugnisse)

sucht sich zu verändern.

Kategorie unter V. 1752 an die Exped. d. Volksstimme. (10879)

Suche für meine Tochter

Lehrstelle

in Baderst. am. Offert. unter V. 1829 an die Exped. d. Volksstimme. (10880)

Junger Mann

sucht Beschäftigung

gleich welcher Art. Angeb. unter V. 1831 an die Exped. d. Volksstimme. (10881)

Ein Winterpaletot

für kleine Figur, zu verkaufen. Kleine Gasse 6b, zu verk. Straußgasse 7a, 1 Treppe rechts. (10882)

Herrenstoffe

direkt ab Fabrik

ausgezeichnet billig

Danziger Tuchhaus, Breitgasse 31. (10883)

Wette

Sind. Belagornitur

zu verk. Straußgasse 7a, 1 Treppe rechts. (10884)

Sucht möbli. Zimmer.

Angeb. unter V. 1831 an die Exped. d. Volksstimme. (10885)

Heuer

Bett. Winterkoffer

mit 2 Personen in Danzig. Eig. Bett, Küche, Bad, Wäsche in Dollar. Offerten unter V. 1832 an die Exped. d. Volksstimme. (10886)

Neue Böden

in Danzig und Danzig

werden eingesetzt.

Winkler, Johannsgasse 63. (10887)

Verlangen Sie die

„Volksstimme“

in den Gaststätten!

A. & W. Wojan, Schiffswerft

Danzig-Troyl
Telefon 1647

Schiffbau :: Maschinenreparatur

Handels- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.

Fernsprecher 2303 u. 6349 Danzig-Langfuhr Pommerische Chaussee 5

Eisen- und Eisenwaren-Großhandlung

Stab-, Band-, Formeisen, Bleche, Röhren, Fittings :: Draht, Drahtstifte, Kurzwaren aller Art :: Haus- und Küchengeräte, Emaille-Waren

Reserviert für Oikos

Metallhütte

Aktiengesellschaft

Danzig, Hopfengasse 74

Telegr.-Adr.: Metallhütte
Fernspr. 4, 78, 6463, 2006
Reichsbank - Giro - Konto

Hersteller
von

Raffinadekupfer
Lagermetallen
raffin. Weichblei

und stählernen

Metalllegierungen

in allen geordneten
Zusammensetzungen

„Polbal“

Polske Baityckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe G. m. b. H.
Danzig, Breitgasse 22/23
Telegramm-Adresse: „POLBAL“
Tel.: 3255, 3960, 3961, 3962 5422.
Eigene Kalspeicher sowie große Lager für Holz, Stück- u. Massengut

Max Weichmann

Gegründet 1876

Spedition

Gegründet 1876

Niederlassungen: Myslowitz, Rattowitz, Chorzow, Hindenburg, Borsigwerk, Beuthen, Soßnitz, Fraustadt, Leszno, Stenisch, Danzig

Holzspedition

H. Lenczat & Co. G. m. b. H.

Tel. 3877, 5587, 5588 Danzig, Elisabethwall 9 Tel.-Adr.: Lenczat
Danzig-Fluplandlinie, Schiffsmakler, Befrachtungsagenten, Spediteure

Erfurth & Gillis

G. m. b. H.

Danzig, Pfefferstadt 1

Telegr.-Adr.: Erfurth - Telefon 5936, 5434

Das führende Engros-Haus
des Ostens

für Fahrräder, Nähmaschinen, Zubehör-
teile, Kleintrafträder, Einbaumotoren ::

Eigenes neues Geschäftshaus Paradiesgasse 14
im Umbau

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(G)E

Danziger Fernverkehr

Danzig-Gdingen-Neustadt										
Danzig	ab	422	522	725	920	1130	1225	545	722	922
Zoppot	ab	446	546	751	1011	1151	1246	626	821	921
Gdingen	an	522	622	825	1025	1205	1300	620	825	1025
Roda	an	522	622	825	1025	1205	1300	620	825	1025
Neustadt	an	—	718	—	1120	1200	1400	722	—	1222

Neustadt-Gdingen-Danzig										
Neustadt	ab	522	—	822	—	225	425	525	—	925
Roda	ab	522	—	822	—	225	425	525	—	925
Gdingen	ab	622	825	925	1025	1205	1300	620	825	1025
Zoppot	an	622	825	925	1025	1205	1300	620	825	1025
Danzig	an	722	925	1025	1205	1300	620	825	1025	1125

W. Jedwab

Samen- u. Getreide-Großhandlung
Hundegasse 45 - Tel. 6926, 6962

L. D. Goldfarb

Telephon 6873 - DANZIG - Hopfengasse 47
Kleesaaten und Hopfenexport

Ludwig Honig, Danzig-Langfuhr

Brunshöfer Weg Nr. 1a
Telephon 3721 / Telegr.-Adr.: Dabingo
Dampfsäge-, Hobel- u. Spundwerk
Holzgroßhandlung :: Export u. Import

Danzig-Olivaer Maschinenfabrik und Dampfägewerk

Aktiengesellschaft

Tel.-Adr.: Maschinsäge OLIVA Telefon: Oliva Nr. 46
Stadtbureau: DANZIG, Fremengasse 35, Telephon: Danzig 6993

Spezialfabrik für landw. Maschinen und Geräte
Modernes Dampfägewerk mit großem Lagerplatz u. Gleisanschluss
Holz-Import Holz-Export

H. Berneaud

DANZIG

Königsberg - Stettin

Telegr.-Adresse: Berneaud Danzig
Telephon Nr. 40, 3340
Gegründet 1868

Holzspedition

Tel.-Adr.:
Holzspedition
Telefon
298, 241, 247

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

DANZIG,
Langermarkt
33-34

Eigene große Lagerplätze und Schuppen an der Weichsel gelegen,
übernimmt die Spedition See-, Fluß- u. bahnwärts lämlicher auf dem Bahn- u.
Wasserwege eintreffend. Hölzer, sowie die lachgemäße Einlagerung auf eigenen
großen, mit Bahnanschluss versehenen Plätzen im Freien und in Schuppen.

Marcus Becker

Hopfengasse Nr. 91
Fernsprech-Anschluß 383

Werkzeuge :: Maschinen :: Transmissionen :: Pumpen :: Hebezeuge

Danziger Schifffahrtskontor G. m. b. H.

Danzig Maritime Agency Co. Ltd.

Schiffsmakler, Befrachtung u. Spedition, Lagerung, Verballungen
Spezialität: Holzverfrachtungen.

Telegr.-Adresse: DANZIG, Postfach 45
Telephon: 5922 und 1367
Tourenlinien Danzig-Amsterdam, Kopenhagen, Aachen sowie nach
berlin, hagen, hankau, hankau und englischen Plätzen.

Herings- Import und Export

Sieg & Co. G. m. b. H.

Kohlen- und Koks-Import
Reederei :: Schlepp- und Leichterbetrieb :: Bunkerkohlen
Frischwasserlieferung an Seedampfer

Curt Wolter

DANZIG, NEUGARTEN 1
TELEPHON-ANSCHLUSS NR. 7488

Grubenholzhandlung und Waldgeschäft

Danziger Holz-Kontor

Aktiengesellschaft

Milchkannengasse 28-29

Westpreussische Vulkanisier-Anstalt und Gleitschuh-Fabrik

Inhaber: WILHELM REDDNER
Danzig, Breitgasse Nr. 24
Fernspr. 215 u. 247 Tel.-Adr.: Vulkanisier

Spezialhaus für Automobil-Bereitung und
sämtliche Zubehörtelle.

HANDELSHAUS B. KRYGIER

Zentralbureau: Warschau, Hortensja 6
Filiale Danzig, Am Jakobstor 5/6
Telefon Nr. 1319

Waldexploitation
Holzindustrie und Holzexport

H. Thalberg & J. Rubinowitch

IMPORT :: EXPORT

Reis, Mehl, Kaffee, Tee, englisch. u.
amerik. Kakaopulver, Chemikalien
Danzig, Melzergasse Nr. 4, Telephone 75 u. 5935
Telegramm-Adresse: LONDEXPOCO

Henry Johansen, Rydton & Co. A.-S.

Danzig, H. Damm 18
Fernsprech-Anschluß 1961
Telegr.-Adresse: JOTUN

Export von englischem Schnittmaterial.

Anruf 7095

Danziger **Siemens** gesellsch.
m. b. H. **Automobil-Reparatur-Werkstatt**
Langfuhr
Marienstraße 22a